

Stenographischer Bericht

54. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XII. Gesetzgebungsperiode – 10. Juli 1995

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Vollmann.

1. a) Zuweisungen (3827).

b) Antrag (3828).

2. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahl 1263/2, über den Antrag, Einl.-Zahl 1263/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dr. Cortolezis, Frieß, Glössl, Dr. Grabensberger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Hasiba, Dipl.-Ing. Dr. Hofmann-Wellenhof, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kaufmann, Ing. Kinsky, Kowald, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Posch, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Straßberger, Tasch und Zach, betreffend die Auflösung des Landtages gemäß § 10 Abs. 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960.

Berichterstatte: Abg. Dr. Cortolezis (3828).

Redner: Abg. Schützenhöfer (3828), Abg. Dipl.-Ing. Vesko (3830), Abg. Trampusch (3831), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (3834), Abg. Pußwald (3834), Abg. Dr. Lopatka (3835), Abg. Ing. Löcker (3837).

Beschlußfassung (3839).

Beginn der Sitzung: 14.04 Uhr.

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus!

Heute findet die 54. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise.

Ich ersuche die Schriftführerin, Frau Landtagsabgeordnete Mag. Magda Bleckmann, die Zuweisungen vom Rednerpult aus zu verlesen:

Abg. Mag. Bleckmann:

Zuweisungen an die Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 1266/1, der Abgeordneten Dr. Grabensberger, Schützenhöfer, Dipl.-Ing. Dr. Hofmann-Wellenhof und Glössl, betreffend Maßnahmen zur Gesundheitsförderung von Kindern in schadstoffbelasteten Gebieten;

den Antrag, Einl.-Zahl 1267/1, der Abgeordneten Pußwald, Beutl, Frieß und Majcen, betreffend Novellierung des Paragraphen 7 Absätze 5 und 6 des Hausbesorgengesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 1268/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dipl.-Ing. Vesko, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend Zinsensenkung für bestehende Kredite im Rahmen der Landwirtschaft;

den Antrag, Einl.-Zahl 1269/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dipl.-Ing. Vesko, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend EU-konforme Sicherstellung des Zuschusses bei der Anlieferung von Milch und Milcherzeugnissen an Abnehmer im Sinne der EU-Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse im Rahmen der zustehenden einzelbetrieblichen Anlieferungsreferenzmenge, für die keine Zusatzabgabe zu entrichten ist;

den Antrag, Einl.-Zahl 1278/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Mag. Bleckmann, Schinnerl und Weilharter, betreffend die Errichtung eines flächendeckenden EDV-unterstützten Informationssystems für landwirtschaftliche Betriebs- und Förderungsberatung;

den Antrag, Einl.-Zahl 1279/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Weilharter, Dipl.-Ing. Chibidziura und Köhldorfer, betreffend verpflichtende Entschädigung aller sich ergebenden wirtschaftlichen Nachteile, die aus Verordnungen auf Grund des Wasserrechtsgesetzes resultieren;

den Antrag, Einl.-Zahl 1280/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Weilharter, Dipl.-Ing. Chibidziura und Schinnerl, betreffend die Änderung der Bemessungsgrundlage für die Bereitstellung von Leistungseinheiten bei Strom durch die STEWEAG und Förderung der Anlagentrennung aus öffentlichen Mitteln.

Zuweisung an den Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten:

den Antrag, Einl.-Zahl 1264/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Vollmann, Ussar, Herrmann, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Kaufmann, Dr. Klauser, Korp, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schuster und Trampusch, betreffend die angemessene Förderung der steirischen Blasmusikkapellen.

Zuweisung an den Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1271/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 236, Grundbuch 61220 Lannach, an Romana Vratny und deren Lebensgefährten Rene Theißl, beide wohnhaft 8010 Graz, Dr.-Robert-Graf-Straße 20, sowie an Ernest Theißl und dessen Lebensgefährtin Christina Ursula Oswald, beide wohnhaft 8010 Graz, Buchenweg 2.

Zuweisung an den Sozial-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 624/12, zum Beschluß Nr. 371 des Steiermärkischen Landtages vom

15. Juni 1993 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Schinnerl, Pußwald, Köhldorfer, Dr. Karisch und Riebenbauer, betreffend die Erlassung einer Verordnung nach Paragraph 4 Absatz 5 leg. cit. des Steiermärkischen Pflegegeldgesetzes.

Zuweisungen an den Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur:

den Antrag, Einl.-Zahl 1265/1, der Abgeordneten Korp, Dipl.-Ing. Grabner, Schrittwieser und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend die umgehende Sanierung des Straßenabschnittes Obdach-Rötsch/Pauli-Wirt-Warbach (L 539);

den Antrag, Einl.-Zahl 1270/1, der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Ussar, betreffend den umgehenden Ausbau der S 6 (Umfahrung Spital am Semmering und Vollausbau Kindberg-St. Marein im Mürztal) und S 35 zwischen Bruck an der Mur und Ausfahrt Mixnitz.

Präsident: Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Anträge wurden heute eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe:

Ich ersuche wiederum die Schriftführerin, Frau Abgeordnete Mag. Magda Bleckmann, die Verlesung der Anträge vorzunehmen.

Abg. Mag. Bleckmann:

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Weilharter, Dipl.-Ing. Vesko und Schinnerl, betreffend die Einführung der Mineralölsteuerrückvergütung für landwirtschaftliche Fuhrwerke;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Weilharter, Dipl.-Ing. Chibidziura und Schinnerl, betreffend die Diskriminierung der Rundholztransporte in Österreich.

Präsident: Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 27 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages über und komme zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahl 1263/2, über den Antrag, Einl.-Zahl 1263/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dr. Cortolezis, Frieß, Glössl, Dr. Grabensberger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Hasiba, Dipl.-Ing. Dr. Hofmann-Wellenhof, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kaufmann, Ing. Kinsky, Kowald, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Posch, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Straßberger, Tasch und Zach, betreffend die Auflösung des Landtages gemäß § 10 Abs. 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Candidus Cortolezis.

Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Cortolezis (14.06 Uhr): Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses

über den Antrag, Einl.-Zahl 1263/1. Der Ausschuß hat am 6. Juli 1995 über den Antrag der Abgeordneten der Steirischen Volkspartei, betreffend die Auflösung des Landtages gemäß Paragraph 10 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, beraten. Bei der Abstimmung fand der Antrag nicht die Zustimmung der Ausschußmehrheit. Seitens der Abgeordneten Dr. Cortolezis, Bacher, Beutl, Dr. Jeglitsch, Dr. Lopatka, Dr. Karisch und Schützenhöfer wurde ein noch zu stellender Minderheitsantrag gemäß Paragraph 23 Absatz 11 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages eingebracht. Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß stellt daher als Ergebnis seiner Beratungen den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses zu diesem Antrag wird zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Dem Antrag der Abgeordneten, betreffend die Auflösung des Landtages, wird daher nicht zugestimmt.

Gleichzeitig verlese ich noch den Minderheitsantrag der Abgeordneten Dr. Cortolezis, Bacher, Beutl, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Lopatka, Dr. Karisch und Schützenhöfer zum Antrag, Einl.-Zahl 1263/1, betreffend die Auflösung des Landtages. Bei den Beratungen des vorerwähnten Antrages im Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß haben die oben genannten Abgeordneten folgendes beantragt: „Der Steiermärkische Landtag beschließt gemäß Paragraph 10 Absatz 2 Landes-Verfassungsgesetz 1960 seine Auflösung.“ Der Antrag wurde im Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß nicht angenommen. Dieser wird hiemit wiederholt. (14.08 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schützenhöfer (14.08 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Pyhrndebatte vom vergangenen Dienstag war wohl der Auslöser, nicht aber der Grund für unseren Antrag auf Landtagswahlen im Herbst 1995. Wir waren damals der Meinung, das Maß ist übertoll, denn wenn man in Heckenschützenmanier unverhohlen den Vorwurf der Korruption erhebt und wenn ein Mehrheitsdiktat Mißtrauen so gesehen formal nicht festschreibt, aber meint, durch den ganzen Bericht hin, dann muß man handeln, auch wenn man keine Mehrheit in der Tasche hat. Das ist keine Flucht nach vorne, das hat nichts mit Beleidigung zu tun, denn es gibt Leute, die können uns gar nicht beleidigen, aber es ist eine Frage der Selbstachtung neben den Gründen, die es ohnehin gibt, handfeste Gründe, die dafür sprechen, Neuwahlen durchzuführen. Deshalb haben uns manche nicht geglaubt, und deshalb gab es keinerlei Absprachen, denn die wollten wir gar nicht. Ganz im Gegenteil: Es soll nur offenbar werden, es soll nur sichtbar werden, in aller Deutlichkeit, wer in welcher Partei die Macht an sich gerissen hat, und es soll klar sein, daß es da durchaus auch Umstürze gegeben hat in einer Partei. (Abg. Mag. Rader: „Ich muß lachen!“)

Du würdest aber lieber weinen. Du weinst innerlich, ich weiß das. Ich darf Ihnen begründen, meine Damen und Herren, warum wir eigentlich Neuwahlen wollen. Ich möchte drei Gründe nennen und daraus einen vierten resultierend:

Erstens: Machen wir uns nichts vor, das Klima im Lande ist nicht gut. Die Debatte am letzten Dienstag und die getroffene kaltschnäuzige Mehrheitsentscheidung zur Pyhrn ist für dieses Klima nicht die Ursache. Es war eine weitere Bestätigung, ja es war vielleicht ein Höhepunkt, aber die Ursache liegt wohl insbesondere darin, daß es dieses Klima der Zusammenarbeit nicht gibt, seit es in der SPÖ einen Parteivorsitzenden Schachner-Blazizek gibt. Ich zitiere ihn wörtlich aus dem Parteitag 1989: „Das steirische Klima habe ich aufgekündigt.“ Wir befinden uns im Wahlkampf, so oder so, und wir sagen daher, wählen wir im Herbst, und versuchen wir unter geänderten Rahmenbedingungen die Zusammenarbeit im Interesse unseres Landes, denn wir brauchen sie ganz dringend. Ersparen wir unserem Land einen Dauerwahlkampf ein ganzes Jahr lang, ersparen wir diesem Land Mißgunst und Schlammschlacht, und, meine Damen und Herren, ersparen wir uns das Pokerspiel um den Wahltermin. Es steht doch wohl fest, und ich habe mit vielen Kolleginnen und Kollegen gesprochen, daß wir nicht erst im Herbst 1996 wählen. Es gibt doch für unseren Antrag, den wir heute hier zur Abstimmung bringen, eine ordentliche Mehrheit. Ich weiß, daß viele in der SPÖ und bei den Freiheitlichen selbstverständlich mit uns einer Meinung sind, doch, und das ist begreiflich, ist ihnen ihr Mandat näher als die Vernunft. Ich bin schon neugierig, ob der nächste Neuwahlantrag von der FPÖ oder von der SPÖ kommt und ob er im Spätherbst oder ob er im Winter kommt. Meine Damen und Herren! Wie immer Sie es machen, es wird der zweite Antrag sein, und ich sage Ihnen für uns, wir sind bereit zu Wahlen, auch wenn Sie die Erkenntnis dafür erst in einigen Monaten gewinnen, denn es gibt einen entscheidenden Unterschied zwischen dieser neuen Koalition und uns: wir fürchten uns vor dem Wähler nicht. Das, meine Damen und Herren, ist der entscheidende Unterschied – Punkt eins. (Beifall bei der ÖVP.)

Punkt zwei: Ich möchte jenen, die vielleicht ein anderes Thema für die Neuwahl suchen, sie werden es nicht haben, denn das Budgetdefizit 1995 wird nicht 2,2, sondern, laut Finanzreferent in der Vorwoche, etwa 3,8 Milliarden Schilling betragen oder auch mehr, oder auch weniger, wenn man mit den Rücklagen herumfrisiert. Angesichts dieser durchaus dramatischen Situation ist es mir zu billig, mich nicht an einem einzelnen abzuputzen, aber ich möchte heute schon einmal sehr klar sagen, die Bilanz des Finanzlandesreferenten ist denkbar schlecht. Da sagt er am vorigen Montag, das Land sei praktisch pleite, Budgetalarm, Land ist pleite – Landesrat Ressel vorigen Montag bei der Pressekonferenz, und am Dienstag verkündet er hier in der Fragestunde für alle Milliardenforderungen der SPÖ Verständnis, wenn nicht überhaupt gar Geld zu haben. Ja, meine Damen und Herren, was muß sich denn dieser Landtag noch alles gefallen lassen? Warum, Herr Landesrat, frotzeln Sie in unerträglicher Weise frei gewählte Abgeordnete? Der Kollege Vesko hat sich zu Recht aufgeregt und eine Unterbrechung der Sitzung gefordert, weil es so etwas

noch nicht gegeben hat. Wenn ich an die Beantwortung der Anfragen vom vergangenen Dienstag denke, dann fällt mir zu Hans-Joachim Ressel nur Konrad Adenauer ein, der einmal gesagt hat: „Alles, was die Sozialisten vom Geld verstehen, ist die Tatsache, daß sie es von anderen haben wollen.“ Herr Landesrat, erinnern Sie sich noch – besucht ihn jetzt sein Parteivorsitzender im Büfett. Da sieht man, wie wertvolle Sitzungen des Landtages von diesen beiden Herren ernst genommen werden. (Abg. Gennaro: „Die Ausführungen kann man vergessen!“) Wenn er keine Nerven hat, soll er nicht in die Politik gehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Er soll dafür stehen, nicht nur bei den Parteiversammlungen, er soll auch hier dazu stehen, was er gemacht hat, und vor allem dafür stehen, was er nicht gemacht hat, meine Damen und Herren. (Abg. Schrittwieser: „Es ist eine Ausnahme, daß der Landeshauptmann bei den letzten zwei Sitzungen hier ist!“)

Ich möchte den Landesrat Ressel fragen, ob er sich noch daran erinnert, er hat nämlich den Abgeordneten dieses Hauses mit seinem Kugelschieber bei Amtsantritt das Einmaleins beibringen wollen. Da haben sich viele damals verhöhnt gefühlt. Aber nun wissen wir ja, und das mag für den Finanzlandesrat eine bittere Erkenntnis sein, wer eigentlich das Einmaleins nicht beherrscht in diesem Lande. Denn Landesrat Ressel hat auf Geheiß der Schachner-Blazizek-SPÖ zum Beispiel – ich nenne nur zwei Beispiele – dem Rationalisierungs-Ausschuß nichts abgewinnen können, obwohl er wußte, wie wichtig diese Einrichtung war, um zumindest ein paar Signale des Sparens zu setzen, und er hat von allem Anfang an die Ergebnisse nur schlecht gemacht.

Punkt zwei: Der Finanzlandesrat weiß, wie im übrigen auch der Spitalsreferent, um die Problematik der Spitalsfinanzierung. Doch wir mußten der SPÖ und ihrer Fraktion in einem Parteienübereinkommen mühselig abringen, den Rahmen bis 1999 festzulegen, um budgetär einigermaßen handlungsfähig zu bleiben. Das wären doch die Aufgaben des Finanzreferenten gewesen. Er müßte doch in Fragen des Budgets voranmarschieren. Aber er tut es nicht, weil er als Zerrissener zwischen Partei- und Landesinteressen letztlich handlungsunfähig geworden ist.

Dritter Punkt: Meine Damen und Herren, wir stehen insgesamt vor großen Herausforderungen. Europäische Union, wie schon erwähnt – Budget, soziale Sicherheit, Arbeitsplätze, um einige der wichtigen zu nennen. Und es ist nicht so, daß nichts geht. Irgendwann geht etwas, das hat man beim Beispiel Fachhochschulen gesehen. Sogar die Fachhochschulen wird es geben, wenn auch nach der Blamage, am ersten Platz gewesen und am letzten gelandet zu sein. Aber es könnte mehr gehen, und es muß schneller gehen. Dazu brauchen wir einen Grundkonsens, den wir nicht haben. Was wir praktizieren, ist das Spiel, setzt du einen Bauern, setze ich einen Arbeiter. Alles geht im Lande, aber alles unter dem Motto „Kriegt der Max einen Schilling, muß der Moritz auch einen bekommen“. Der eine braucht ihn, weil es um seine Existenz geht, da spiele ich Gruppen gar nicht gegeneinander aus. Der andere braucht in möglicherweise vielleicht gar nicht. Aber ohne Gegengeschäft sozusagen läuft nichts. Das ist doch eine üble Packelei, die

jede in die Zukunft weisende Initiative verhindert. Und wer nur verhindert, und wer nur blockiert, meine Damen und Herren, schadet dem Land. Es gibt ja mittlerweile einen neuen steirischen Brauch. Wenn einer eine Idee hat, wird sie schlecht gemacht. Aber selber hat man keine Ideen. Ideen schlecht machen, nur ja keine haben. Ich glaube, so darf es nicht weitergehen, damit muß Schluß sein. Das wissen wir alle, und wir wissen, daß ein neuer Boden für eine bessere Zusammenarbeit gelegt werden muß. Aber wir wissen auch, daß dies nicht in einem hitzigen Wahljahr, sondern nur nach erfolgten Wahlen möglich ist. Das ist eine Binsenweisheit.

Ich folgere daraus viertens und letztens, wir sind daher für rasche Neuwahlen und für einen guten neuen Beginn. Es gibt nichts Demokratischeres als die Entscheidung der Wähler. Der Spruch der Wähler gilt, meine Damen und Herren, der Spruch der Wähler! Der Wähler ist der Souverän, nicht die Parteien sind der Weisheit letzter Schluß, auch wenn sie Mehrheitsentscheidungen fällen. Ich verstehe daher die Angst der Freiheitlichen und der Sozialisten nicht. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das verstehe ich auch nicht!“) Wovor fürchten Sie sich? An der Popularität des Landeshauptmannes wird sich auch im nächsten Jahr nichts ändern, heute und morgen. Und wenn Sie in dieser Situation, meine Damen und Herren, an das Land dächten und daran, daß wir gemeinsam etwas weiterbringen wollen und sollen, dann müßten Sie mit unserem Minderheitsantrag heute auch mitgehen. Noch einmal, wovor fürchten Sie sich? Wo bleibt Ihr Mut, sich jetzt dem Wähler zu stellen? Ist Ihnen plötzlich die Courage abhanden gekommen? Hat da wer die Hose voll? Die Angriffe auf den Landeshauptmann erfolgten aus dem Hinterhalt. Jetzt will es plötzlich niemand gewesen sein. Man ist im Versteck und traut sich nicht vor das Auge der Wähler, weil man ein schlechtes Urteil befürchtet. Meine Damen und Herren, das hätten Sie sich früher überlegen sollen. Auch jener Brandstifter – es tut mir leid, es hier heute sagen zu müssen –, der am Wochenende die Unverfrorenheit besitzt, Brückenbauer sein zu wollen, das kann der nicht sein, denn da ist zuviel abgebrochen, und daran merkt man, wie vergiftet die Köder sind, die da ausgelegt werden. Also bleibt Ihnen nur die blamable Notbremse, der Herausforderung von demokratischen Wahlen überhaupt nicht zu begegnen und den Neuwahlantrag einfach niederzustimmen. Das ist offenbar das Motto der rotblauen Koalition, niederstimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Das war am Dienstag beim Pyhrnbericht so, und das wird auch heute so sein. Gewiß, meine Damen und Herren, das hat auch sein Gutes. Niemand im Lande wird behaupten können, es gebe in der Steiermark eine ÖVP-F-Koalition. Tut mir leid, Dörlinger, der Wahlkampf kann weggeschmissen werden. Denn diese Koalition hat es nie gegeben. Aber jetzt erleben wir die schon seit Jahren – seinerzeit – eingefädelte Linkskoalition Schachner Blazizek-Rader-Flecker. Wir werden uns darauf einstellen, und zwar mit freudiger Entschlossenheit (Heiterkeit beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek.), denn in einem zentralen Punkt – und lachen Sie nur, Herr Professor –, in einem zentralen Punkt – Sie sollten darüber weinen, nicht lachen – sind Sie sich

schon einig, daß Sie zu feige sind, sich dem Wähler-votum zu stellen. (Beifall bei der ÖVP. – 14.24 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. German Vesko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (14.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte an den Anfang meiner Ausführungen das stellen, was ich seit dem so überraschenden Neuwahlantrag der Volkspartei gesagt habe. Wir fürchten uns nicht vor Neuwahlen, und wir haben auch gar keinen Grund, uns davor zu fürchten. Muß aber eines dazu sagen, wenn wir jedes Mal wählen gehen, wenn wir uns nicht fürchten, haben wir nur mehr Wahlen. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich habe mir die Ausführungen des Kollegen Schützenhöfer sehr sorgfältig angehört, habe auch seinen Schwenk zur neuen Koalition, das ist jetzt – glaube ich – die vierte Koalition, die wir in dieser Periode eingegangen sind, ich weiß nicht, ob er mir das nicht deshalb – (Abg. Tasch: „Ihr seid sehr flexibel!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „German, das liegt an euch!“) Danke, sehr lieb, daß du uns noch das Recht des Handelns läßt in dieser Beziehung. Wir sind zwar eine fesche Braut, nimm nicht mich als Maßstab bitte, aber wir sind eine fesche Braut, eine stolze Braut – nur, mit wem wir zusammengehen, meine Damen und Herren, sowohl zur ÖVP als auch zur Sozialdemokratischen Partei, das bleibt bitte uns vorbehalten. Wir sind allerdings angetreten vor fünf Jahren in der Wahl, um einiges in diesem Lande zu verändern, und wir sind mit dieser Arbeit noch nicht fertig. Wir haben derzeit 21 Gesetzesvorlagen, Anträge in Parteienverhandlungen, darunter so kleine wie das Sozialhilfegesetz und viele, viele andere, die so wesentlich sind für dieses Land, daß ich nicht einsehe, warum wir uns jetzt einer Neuwahl aussetzen sollen, vor allem auch unter dem Aspekt, daß die handelnden Personen nach dieser Wahl ja wiederum dieselben sein werden und es nicht anzunehmen ist, meine Damen und Herren der Volkspartei, daß ich in dem Zusammenhang – (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist ein Irrtum!“) Das stimmt, die ÖVP wird weniger werden. Das ist richtig! Und die SPÖ wird auch weniger haben. Das ist auch richtig. (Beifall bei der FPÖ.)

Und es wird vielleicht die eine oder andere Fraktion neu dazukommen. Nur, an den handelnden Personen wird sich nichts ändern. Es wird sich auch das Klima nicht ändern, weil während des Wahlkampfes – (Abg. Dr. Lopatka: „Eine Frage: Herr Klubobmann, glauben Sie, daß Landesrat Strenitz für das Spitalsressort noch dort sitzt?“) Herr Kollege Lopatka, heben Sie sich Ihre Wortmeldungen auf bis zu dem Zeitpunkt, wo Sie dann draußen die Leute beschmettern, denn jetzt bin ich am Wort. Sie haben schon beim letzten Mal eine Fülle von Unwahrheiten hier ausgeplaudert, die skandalös sind, und Sie werden sicherlich den Stil fortsetzen können, auch vielleicht wenn man sich dazu entschließt, in einem Jahr, wenn wir dann wählen werden, weil die Legislaturperiode ausläuft, vielleicht dann dort wieder weiterzumachen. Aber, und das Entscheidende für uns ist das, auch in einem Wahlkampf

wird sich das Klima zwischen den handelnden Personen nicht verbessern, weil wir werden nicht mit Samtpfötchen aufeinander losgehen, Kollege Lopatka, wenn man schon vorher mit Fäusten und Unwahrheiten auf die Leute losgeht. Dann wird man es nicht schaffen. (Abg. Riebenbauer: „Deshalb einen kurzen Wahlkampf!“) Natürlich brauchst du einen kurzen Wahlkampf, weil du nichts zu sagen hast, selbstverständlich. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte aber eines sagen, und das ist vielleicht neu gegenüber der Vergangenheit in diesem Land: Es ist halt nicht mehr so, daß alle laufen, wenn jemand pfeift. In der Zwischenzeit sitzen hier in diesem Hause sehr viele selbstbewußte Abgeordnete, die sehr genau wissen, warum sie hier hereingegangen sind, diese Verantwortung auf sich genommen haben und sie auch mit dem nötigen Ernst und der nötigen Achtung vor dieser Institution auf der einen Seite und auch mit der nötigen Verantwortung gegenüber dem Bürger, den sie zu vertreten haben, auf der anderen Seite. Und da werden wir Spielchen, auf oder ab mit Wahlen oder Nichtwahlen, unter diesen Voraussetzungen sicherlich nicht spielen. Ich kann aber noch etwas anderes dazusagen – (Abg. Tasch: „Wann sind die nächsten Sitzungen?“) Ich weiß nicht, bei dir werden sie relativ bald eintreten. Die Bierzeitsaison geht bald los, und ich kann es nicht sagen, was du alles anstellen wirst. (Abg. Dr. Lopatka: „Auch dort sind wir zu Hause!“) Selbstverständlich, weil dort gehören Sie auch hin. Und wenn ich schon davon rede, daß es uns darauf ankommt, Aufgaben, die wir uns gestellt haben, die wir begonnen haben, die wir in mühsamen Kleinverhandlungen, wobei ich manchmal gefragt habe, ob Sie nicht, zum Beispiel Kollege Lopatka, die auch so ernst genommen haben, wie wir das getan haben, daß man versucht, Lösungen und Verbesserungen herbeizuführen, dann muß ich schon dazusagen, selbstverständlich ist die triste Situation, in der sich unser Land finanziell befindet, eine sehr wesentliche Aufgabe, an die wir uns heranwagen müssen. Und da bin ich mit vielen einer Meinung, die da sagen, das wird die Aufgabe des Landtages für das nächste Jahr werden, in diesem Maße diese Probleme zu lösen, weil ich leider Gottes befürchten muß, daß es die Regierung allein nicht schaffen wird. Eines aber würde der Sanierung dieses Budgets sicherlich nicht zuträglich sein, nämlich ein Wahlkampf, weil ich weiß, daß die Weihnachtsmänner der Sozialdemokraten und der Volkspartei jetzt schon unterwegs sind und auf das Budget 1997 Zusagen machen, das wir erst im übernächsten Jahr verhandeln. Das würde uns sicherlich noch eine Milliarde kosten, die wir weder haben und die wir auch, selbst wenn wir sehr sorgfältig suchen, wahrscheinlich zu dem, was wir schon vermissen, nicht finden werden. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, dieses Budget zu sanieren, haben einen Rationalisierungsausschuß einberufen. Dort haben wir teilweise hilfreiche Schützenhilfe bekommen, auf der anderen Seite blankes Unverständnis und Hohn, und ich sage das bewußt, Hohn, denn ich ertrage diesen Hohn, weil ich weiß, daß diejenigen, die diesen Hohn ausbaden werden müssen, jene waren, die ihn einmal ausgesprochen haben. Wir werden sehr sorgfältig in den kommenden Monaten und in der verbleibenden Zeit in dieser Periode diese schwere Aufgabe zu erfüllen haben und werden diese Aufgabe auch wahrnehmen.

Und jeder, der seine Verpflichtung diesem Haus gegenüber und der steirischen Bevölkerung ernst nimmt, wird uns darin unterstützen. Davon bin ich überzeugt. Da brauchen wir keine Neuwahlen, sondern da brauchen wir etwas ganz Neues, damit wir bei etwas Neuem sind, da brauchen wir den Willen, einmal parteipolitische Vorteile oder Überlegungen außer acht zu lassen und sich für das Wohl – (Abg. Purr: „Für alle Seiten!“) danke, Kollege Purr, daß du mich daran erinnerst, für alle –, daß wir dafür sorgen, daß dieses Land aus seiner finanziellen Misere herausfindet. Dazu sind wir aufgerufen. Das ist das, was uns im nächsten Jahr bewegen wird und schon im heurigen Jahr, und dafür brauchen wir Kraft, brauchen keinen Wahlkampf. Dann, wenn das Haus gebaut ist, können wir uns vom Bürger feiern lassen, vorher wollen wir das gar nicht. (Beifall bei der FPÖ. – 14.32 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch (14.32 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Eine gute Politik mit Augenmaß zu machen heißt, nicht vor den Problemen davonlaufen, sondern sich der Verantwortung stellen, gerade dann, wenn es besonders schwer ist, zu versuchen, die verschiedensten Interessen, die es nun einmal gibt in unserer Gesellschaft, in unserem Lande, die Bedürfnisse, die Hoffnungen der Menschen, nach Möglichkeit gerecht und sozial auf einen Nenner zu bringen. Wir leben von Kompromissen in einer Demokratie, das müßten schon langsam alle gelernt haben, das heißt, über die Probleme reden und versuchen, sie zu lösen. Diese Art der Politik, nämlich als Wettstreit der Ideen, der Leistungen, der Überzeugungen, bringt uns weiter, und nicht ein Wettstreit der Schimpfworte und Beschuldigungen. Das, glaube ich, sollten wir an einem solchen Tage, wo darüber geredet wird, ob jemand Angst hat vor dem Wähler oder ob es darum geht, Probleme zu lösen, auch aussprechen. (Abg. Ing. Löcker: „Sonntagsreden!“) Ich habe gestern eine gehört, Herr Kollege.

Zu den grundlegenden Aufgaben eines Landesparlaments gehören bekanntlich, neben der Gesetzgebung und Budgethoheit, und das sollte man immer wieder in Erinnerung rufen, die Wahl und Kontrolle der Regierung. Das heißt also, diese ständige Erfüllung dieser Aufgaben gehört wohl zum Grundverständnis einer Demokratie und einer demokratischen Politik. Daher, wenn ich von den Ursachen ausgehe, wieso wir heute beisammen sind, muß Politik auch ein ständiges und kritisches Hinterfragen der Arbeit, des Standortes und der Wertvorstellungen sein, sowohl seiner eigenen Gemeinschaft gegenüber als auch selbstverständlich dem politisch Andersdenkenden und Gruppierungen gegenüber, und wer dieses kritische Hinterfragen ernst nimmt und wer diese politische Verantwortung nicht nur punktuell sieht, sondern grundsätzlich, der muß auch zulassen, daß ein Parlament diese Kontrolle der Regierung ausübt. Wer das nicht zur Kenntnis nimmt, der lebt noch im Zeitalter des Absolutismus, und nicht der Demokratie. Und wie politische Verantwortung gesehen werden muß, haben wir in der vorletzten Landtagssitzung sehr

lange diskutiert. Das Stehen zur politischen Verantwortung ist eben auch ein Teil der politischen Kultur, genauso wie zur politischen Kultur gehört, daß Minderheitsmeinungen respektiert und Kritik ernst genommen wird. Und zur politischen Kultur, meine Damen und Herren, gehört auch, wie man miteinander umgeht. Jetzt möchte ich gar nicht über die Wortwahl reden, die wir in den letzten Wochen gehört haben. Es genügt, wenn ich daran erinnere, was der Kollege Schützenhöfer heute zu Beginn seiner Rede gesagt hat. Er hat wiederholt: Heckenschützenmanier, Mehrheitsdiktat, wer die Macht an sich gerissen hat, daß es Umstürze gegeben hat, eine kaltschnäuzige Mehrheitsentscheidung, hast du gesagt, Mißgunst und Schlammschlacht, wer hat da die Hose voll, Brandstifter (Abg. Riebenbauer: „Du hast den Flecker vergessen!“), vergiftete Köder, Notbremse, zu feige, um sich dem Wähler zu stellen. Wenn man diese Kraftausdrücke hört, kommt einem eines in Erinnerung, und ich weiß nicht, ob du das gehört hast oder deine Kollegen: Der jetzige ÖVP-Bundesparteiobermann und Vizekanzler hat am 8. Mai 1995 im Haus des Leopold Figl, als es darum ging, 50 Jahre Zweite Republik zu feiern, wörtlich gesagt, und ich zitiere ihn ausnahmsweise: „Es gibt eine Gewalt der Worte, der Bilder und der Taten. Wir müssen gegen alle Formen der Gewalt sein. Gewalt beginnt meistens verbal.“ Wenn schon die jungen Scharfmacher der ÖVP nicht an unsere Mahnungen denken, vielleicht ist es Zeit (Abg. Dr. Lopatka: „Schenken Sie das Zitat dem Kurt Flecker!“), ihren eigenen Bundesobmann als Maßstab ihres Verhaltens zu nehmen. Nämlich jetzt zu behaupten, die, die nicht für Neuwahlen sind und eine sehr radikale Sprache führen, machen aus der Not eine Tugend und kommen jetzt mit dem Schreckgespenst der Linkskoalition. Da gebe ich dem Kollegen Vesko schon recht, man kann sich Koalitionen nicht einfach so aussuchen, wie man vielleicht Geschenke aussucht. (Abg. Dr. Cortolezis: „Die Feigheit vor dem Wähler ist keine Schwäche, sondern ein Kraftakt!“)

Und weil Sie sich so aufregen, lieber Kollege. Kritik an Mächtigen in einem Lande, das war noch vor längerer Zeit Majestätsbeleidigung und wurde mit Bann geächtet. Nur, wir leben im 20. Jahrhundert, und bald sind wir im 21., und gerade hier, dieses Haus hat ja Tradition. Da haben seinerzeit Burgherren die Landstände bei Auflehnung verjagt, wenn sie nicht der Majestät huldigten, sondern Kritik anbrachten. Ich glaube, in einer Demokratie ist genau das Gegenteil wichtig, nicht nur Huldigungen, auch Kritik und Zweifel müssen in einer Demokratie erlaubt sein. (Abg. Dr. Lopatka: „Wollen Sie sagen, daß wir keine Demokraten sind?“)

Ich höre von der ÖVP viel mehr Huldigungen als Kritik, was die Arbeit ihrer Regierungsmitglieder betrifft, aber, meine Damen und Herren, ich habe großen Respekt vor gewählten Funktionsträgern in der Demokratie (Abg. Grillitsch: „Die haben die Aussendungen der Regierungsmitglieder deiner Partei nicht gehört!“), nur, eines ist auch klar, wer verwechselt, was Autorität und autoritär ist, der denkt auch nicht sehr demokratisch. Wir brauchen – da gebe ich allen recht, die das sagen – Politiker, die zusammenarbeiten und sich nicht dauernd ausgrenzen. Wir haben solche Ausgrenzungen auch jüngst erlebt. Zur Zusammenarbeit

gehört aber auch, daß man den eigenen Spitzenmandatar nicht dauernd in den Himmel hebt und auf allen anderen herumtrampelt, was Sie ja aus den Protokollen der Landtagssitzungen sehr eindeutig herauslesen können. Dann gibt es natürlich auch auf der anderen Seite Ihre Aktionen, von denen ich sage, daß sie der Zusammenarbeit sicherlich nicht förderlich sind.

Aber wie sieht es jetzt mit der Wahrnehmung der Hauptverantwortung in diesem Lande aus, weil Sie sagen, es sind große Probleme zu lösen? Ich nehme nur ein Beispiel: In allen anderen Bundesländern hat meines Wissens nach der jeweilige Landeshauptmann die EU-Kompetenz wahrgenommen. Hier in der Steiermark ist es etwas anders. Diese EU-Hauptverantwortung ruht auf den – zarten – Schultern, hätte ich fast gesagt, der Frau Landeshauptmannstellvertreterin, und der Herr Landeshauptmann läßt sich mit einer charmanten EU-Kommissarin vielleicht sehen, aber bei der täglichen Arbeit ist es sicherlich die Frau Landeshauptmannstellvertreterin, die hier das zu tun hat, was die Kompetenz betrifft. Und wir haben auch im Hohen Haus darüber geredet, wir hätten in der Steiermark etwa in diesem Zusammenhang die Chance gehabt, wenn wir die Bundesregierung dazu gebracht hätten, etwa die Ost- und Südsteiermark doch als Ziel-1-Gebiet zu erreichen. (Landesrat Pörtl: „Warum hast du das nicht in einem Brief der Frau Staatssekretärin Ederer mitgeteilt?“) Und wer – das ist gerade früher gesagt worden in einem Zwischenruf – die gestrige Sonntagsrede des Herrn Landeshauptmannes gehört hat (Abg. Schützenhöfer: „Dir fällt auch nichts mehr ein!“), der kommt eigentlich auch zur Ansicht, in der Steiermark ist so alles bestens, denn es gibt keine Probleme. Wir sind sozusagen überall federführend und die ersten, wenn es um die Lösung von Problemen geht. Es schreibt heute nicht zufällig der „Standard“, daß der Herr Landeshauptmann den Verlust der Bodenhaftung bei seiner gestrigen Rede verspüren ließ, denn die aktuellen Themen sind nicht so rosig, wie er sie geschildert hat. Und wenn hier dauernd davon geredet wird und es heute wieder passiert, die SPÖ würde mit ihren sündteuren Landtagsanträgen viele Millionen an Belastungen bringen, der sieht aber nicht, daß Landtagsanträge einmal grundsätzlich die Aufforderung sind an die Landesregierung und im weiteren Wege über die Landesregierung an die Bundesregierung zum Handeln und zur Intervention oder Absichtserklärungen sind. Erst, wenn aus diesen Anträgen konkrete Vorlagen werden, die dann im Landtag die Mehrheit finden, das ist das Entscheidende, genauso wie man dem Finanzreferenten Ressel dauernd die Budgetlage vorhält, wenn sich keine Mehrheit findet, um über Anträge zu befinden, dann gibt es sozusagen auch keine Ausgaben. Das ist in der Regierung so, wenn man sich die wöchentlichen Regierungsspiegel ansieht, und das ist im Landtag so. Also zu behaupten, daß eine der drei Landtagsparteien jetzt Kostenexplosionen herbeiführt durch Anträge, der kennt sozusagen nicht die Abstimmungsmechanismen und die Mehrheitsentscheidungen. Wenn wir also heute darüber reden, daß – wie der Kollege Schützenhöfer gesagt hat – dieser ÖVP-Auflösungsantrag auch andere Ursachen gehabt hätte, aber sozusagen die Pyhrndiskussion das Faß zum Überlaufen gebracht hat, dann haben wir das alle verspürt. Man hat natür-

lich auf einen Anlaß gewartet, nur, die ÖVP hat für den Sommerwahlkampf sicherlich schon früher einige Dinge vorbereitet gehabt. Es stehen auch zu viele Dinge auf dem Spiel. Es steht also ihr ehemaliger Abgeordneter Prof. Brünner ante portas, es sind sozusagen jene Signale – (Abg. Dr. Lopatka: „Der Wahl steht schon länger ante portas!“) Der ist schon jenseits von ante portas. Jedenfalls wissen Sie genau, daß es auch Umfragen gibt, die etwas anderes sagen. Es sind ja Umfragen oft schneller beim Interpretieren, als Wähler hinterfragt werden können. Und die Demoskopen sind ja zu den Wahrsagern unserer Zeit geworden. Kollege Schützenhöfer, es werden die Befragungszeiträume immer kürzer, es werden die Aussagen immer kräftiger, die eigenen Prozentsätze immer höher, und am Wahlabend werden die Gesichter immer länger. Es gibt sozusagen Meinungsforschungssieger, und es gibt Wahlsieger. Die ÖVP spielt wieder einmal Meinungsforschungssieger mit dem schon bekannten Ergebnis. Und auch der oft aus allen Medien, vor allem – (Abg. Schützenhöfer: „So viele Umfragen könnt ihr gar nicht machen, daß der Schachner in der Mehrheit ist!“) Das überlassen wir getrost den Wählern, denn sie sind die beste Umfrage. (Beifall bei der SPÖ.)

Machen Sie ruhig weiter mit Ihren Umfragen, vor denen haben wir genauso wenig Angst wie vielleicht vor einigen anderen Dingen, von denen Sie behaupten, wir hätten davor Angst. Aber der oft aus den Medien immer wieder gehörte Ruf, wir sollten doch einen Mißtrauensantrag hier im Landtag stellen, das wäre doch die einfachere Lösung. Da sage ich auch ganz offen und ehrlich noch einmal dazu, jede starke Waffe wird stumpf, wenn sie mehrmals gebraucht wird. Und wir wissen alle, die ÖVP hätte eine solche Abstimmung nie zugelassen. (Abg. Schützenhöfer: „Warum?“) Was soll die Frage? Die ÖVP hat es daher viel eher darauf abgesehen, aus dieser Verantwortung zu flüchten, und behauptet jetzt, daß es die anderen beiden Parteien wären, die aus Angst vor dem Wähler nicht zur Wahlurne schreiten.

Aber, meine Damen und Herren, ich brauche nicht nur Festspiele, lieber Kollege Lopatka. Darf ich ausnahmsweise den Herrn Landeshauptmann zitieren, der bei einer ganz ähnlichen Situation – und denken Sie, wir haben heute den 10. Juli, ja, wir hatten auch schon einmal am 10. Juli eine Landtagsauflösung vorzeitig, und der Herr Landeshauptmann hat damals, nämlich am 10. Juli 1981, einige bemerkenswerte Dinge gesagt, nur, die Zeit heilt Wunden, aber sie schärft nicht das Gedächtnis und die Erinnerung. Ich darf daher diese Passage zitieren. Der Herr Landeshauptmann sagte damals: „Wir werden dann ganze fünf Jahre zur Verfügung haben“, selbstverständlich, und ich sage Ihnen noch etwas, dann führt er einige Kollegen aus der Zeit an, Gross, Turek, Götz, Stingl, und er gibt jederzeit über Wunsch dieser Herren, jederzeit schriftlich von mir eine Zustimmung zu einer Sperrklausel, zwei Drittel, hinsichtlich vorverlegter Landtagswahlen. Also heute genau vor 14 Jahren hat der Herr Landeshauptmann gesagt, es kommt gar nicht in Frage, daß der Landtag anders aufgelöst wird. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ihr habt keinen Wert darauf gelegt, wie wir wissen!“)

Ja, nur, Sie haben dazugesagt, daß nicht im selben Jahr Nationalrats- und Landtagswahlen zusammenfallen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Es ist ungezählte Male darüber verhandelt worden!“)

Aber, Herr Landeshauptmann, Sie haben in der gleichen Passage auch den deutschen Publizisten Theo Sommer zitiert, und das ist noch interessanter. Nur zur Erinnerung, die Parteipropagandisten setzen nicht selten auf die Ängste der Wähler – siehe Antrag –, anstatt deren Hoffnungen zu aktivieren. Ein Sommerschlußverkauf für alte Hüte – haben Sie damals gesagt und zitiert – beleidigt nicht nur die Intelligenz der Wähler, es manifestiert sich auch darin eine sträfliche Pflichtvergessenheit, ich wiederhole, eine sträfliche Pflichtvergessenheit angesichts der vielfältigen wichtigen Probleme, die uns bedrängen.

Zitat des Herrn Landeshauptmannes, der einen anderen Publizisten zitiert hat. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ihr habt keinen Wert darauf gelegt, wie wir wissen! Es ist unzählige Male darüber verhandelt worden!“) Vor 14 Jahren, Herr Landeshauptmann, hat es eine ähnliche Situation gegeben. Der Ausgang der Wahlen war ja damals bekannt. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Die Zeiten haben sich geändert!“)

Der Wählerwille gilt aber damals wie heute. Die Wähler geben einem Parlament den Auftrag für eine Legislaturperiode von fünf Jahren, und sie wollen auch, daß fünf Jahre gearbeitet wird. Neuwahlen lösen keine Probleme, das ist heute schon gesagt worden. Ich gebe dem Kollegen Vesko recht, denn an den handelnden Personen ändert sich nichts, an der Budgetsituation ändert sich nichts, auch wenn vorzeitige Neuwahlen kommen. Diese Neuwahlen verstärken eher die Probleme, nämlich durch Zeitverlust und durch verursachte Mehrkosten. Das heißt, nicht die Angst ist es, die uns davon abhält, in Neuwahlen zu schreiten, sondern das Wissen, daß Neuwahlen die Flucht vor der Verantwortung sind und keine Probleme lösen. Wir wissen, daß wir weitere dringende EU-Regelungen vorzunehmen haben, daß wir viele Fragen der Arbeitsplatzsicherung, der Verbilligung von Wohnungen, der Lösung von Umweltfragen, Sicherung sozialer gesundheitlicher Dienste und bessere begleitende Kontrolle bei Bauvorhaben zu lösen haben. Das sind alles berechnete Anliegen, die zu klären sind. Wenn man zur Ansicht gelangt, daß man durch Neuwahlen Probleme löst, und da bitte ich jetzt wirklich, zuzuhören, dann wäre künftig die Versuchung sehr groß, bei jedem größeren Problem, das ist auch schon gesagt worden, einfach den Landtag aufzulösen und dem Wähler dann die Schuld zu geben, daß angeblich nichts geht. Das heißt, wenn man dieser Philosophie der ÖVP folgt, würden die Wahlperioden kürzer, die Spekulationen größer, die Wahlbeteiligung geringer. Die Taktik der möglichst nächsten Neuwahl würde schon zu Beginn einer Wahlperiode Vorrang im Denken von Parteisekretariaten und von Taktikern haben. Dem wollen wir nicht Vorschub leisten. Wir wollen mehr arbeiten als reden. Wir werden daher gegen die Auflösung des Landtages und für den Ausschlußantrag stimmen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.48 Uhr.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (14.49 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bei der Pyhrndebatte begann Präsident Klauser sein Statement mit dem Satz: „Bei politischen Entscheidungen geht es um Interessen, und nicht um die Wahrheit.“ Das mag schon so sein, entbindet aber meiner Meinung nach trotzdem keine politische Entscheidung vom Bemühen um Sachlichkeit und Redlichkeit. Diese Werte sind nicht einer politischen Absicht anzupassen.

Wenn Kommentare zu einem Sachverhalt in Verdächtigungen und Unterstellungen münden, Schlußfolgerungen gezogen werden, ohne auf Sachverhalte für solche Schlußfolgerungen verweisen zu können, politische und persönliche Interessen so unverhohlen sichtbar werden, offenkundig keine Mehrheit der konstruktiven Kräfte mehr in diesem Landtag gegeben ist, die Befürchtung besteht, daß diese destruktive Haltung bis zum Herbst 1996 aufrecht bleibt, dann respektiert jede andere Vorgangsweise, als das Mandat wieder in die Hand des Wählers zurückzulegen, nicht das Recht des Wählers, von uns allen konstruktive Arbeit für das Land zu erwarten und einzufordern. Neuwahlen sind in einer solchen Situation keine Flucht aus der Verantwortung, sondern die Frage an den Wähler, wie er in Zukunft die Verantwortung im Land wahrgenommen wissen will, wenn die großen Fragen des Landes – und Sie kennen sie alle – gelöst werden sollen.

Mein Leben war nie von der Politik bestimmt, ich habe eine Weltanschauung, aber kein Parteibuch. Als ich in den Landtag gekommen bin, war mir klar, daß dies kein Mädchenpensionat ist. Aber wenn ich mir die Diskussionen der letzten Zeit und vor allem am letzten Dienstag in Erinnerung rufe, dann sollten wir uns über das schlechte Image der Politik und der Politiker nicht wundern. Dabei bin ich nicht der Meinung, daß die Politik den Charakter verdirbt, wohl aber, daß einzelne schlechte Charaktere die Politik in Mißkredit bringen. Wenn man meint, daß man in der Politik nicht zimperlich sein darf, dann lasse ich mir nicht einreden, daß etwas, was moralisch falsch und verwerflich ist, politisch richtig sein kann.

Die Medien stellen dabei eine Versuchung dar; sie verleiten zu untergriffigen „Sagern“, denn vor allem diese werden gebracht. Geht es im Landtag einmal sachlich zu, kann man am nächsten Tag in der Zeitung lesen „Langweiliger Landtag dümpelte vor sich hin“. Trotz dieser medialen Versuchung liegt die primäre Verantwortung bei uns. Die Triebfeder politischen Handelns darf nicht persönliche Eitelkeit, Unaufrichtigkeit und Habgier sein, sondern der uneigennützigste Wille, auf dem Boden der Sachlichkeit einer Idee und damit einer Bevölkerungsgruppe zu dienen.

In diesem Zusammenhang erlauben Sie mir, auf ein erstaunliches Phänomen hinzuweisen. Mit dem Zusammenbruch des Ostens vor fast sechs Jahren haben sich die westlichen Demokratien nicht stabilisiert, sondern destabilisiert. Als auffälliges Merkmal ist das steigende Unbehagen an der Politik zu nennen, das sich unter anderem im Rückgang von Wahlbeteiligungen ausdrückt, im Prestigeverlust der Parlamente und

Politiker, in starken Verneinungsthemen von Randgruppen. Der Wegfall der latenten Bedrohung durch den Osten hat Schwächen unserer Demokratien aufgedeckt. Die Krise, in der die Politik manchmal steckt, hat neben vielen geläufigen Symptomen meiner Meinung nach zwei wesentliche Ursachen:

Die eine hat mit der Erfahrung zu tun, daß heute alle politischen Entscheidungen angesichts großer, von widerstreitenden Vorstellungen beherrschten Gruppeninteressen erschwert werden und der Handlungsspielraum des Staates, der Politik damit eingeschränkt wird. Die andere Ursache aber entstammt der Tatsache, daß eine Demokratie als Staatsform kein anderes Zukunftsbild als die Bewahrung ihrer Offenheit hat. Demokratische Einrichtungen sind niemals mehr als ein Mittel zur Ermöglichung der Freiheit. Damit kann die Demokratie aber nicht jene Voraussetzung schaffen, die ihre Existenz gewährleistet. Was hinzukommen muß, ist ein Kodex von Überzeugungen und Verbindlichkeiten, eine konstruktive Grundhaltung, die Akzeptanz und Achtung des politisch Andersdenkenden, Verlässlichkeit im politischen Handeln, Einsicht in die Grenzen, wie weit man bei politischen Auseinandersetzungen gehen darf.

Schon lange gilt in der Wissenschaft der Satz, daß nicht alles, was möglich und machbar ist, gemacht werden darf. Das trifft auch für die Politik zu. Nicht jede denkbare hinterhältige Waffe darf in der politischen Auseinandersetzung eingesetzt werden, nicht jeder Untergriff, nicht jede Diffamierung ist erlaubt, wenn man verantwortungsvolle Politik betreiben will. Eine Politik, in der man sich alles erlaubt, bringt keinen Zuwachs an demokratischen Werten, sondern führt zum Zerfall der notwendigen Gemeinsamkeiten.

Ich habe nach der Sitzungsunterbrechung am letzten Dienstag die Frage im Klub, ob ein Antrag auf Neuwahlen gestellt werden soll, als Erleichterung empfunden und mit Überzeugung bejaht. Ein Jahr noch in diesem Stil der Untergriffe und Obstruktion würde nur das politische Klima weiter vergiften. Von einer Neuwahl nach einem kurzen und sparsamen Wahlkampf erhoffe ich mir eine Stärkung der konstruktiven Kräfte, um gemeinsam die Probleme des Landes lösen zu können. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 14.55 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

Abg. Pußwald (14.56 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe 1986 die Möglichkeit gehabt, in diesen Landtag einzuziehen mit keiner politischen Erfahrung und bin angetreten in dem Glauben und in der Hoffnung, daß wir hier die Themen und die Dinge, die das Land bewegen und die die Menschen bewegen, in aller Ernsthaftigkeit diskutieren und Möglichkeiten finden, zu Lösungen zu kommen. In dieser ersten Periode, vielleicht bin ich auch besonders empfindlich, sind mir Erinnerungen aufgetaucht, vor allem am letzten Dienstag, an diese vergangenen Tage, wo es immer schon Ausrutscher gegeben hat bei allen Gruppierungen, die unangenehm, falsch, unsachlich bis böse sind und leider auch noch heute sind. Und wenn ich den vergangenen Dienstag hernehme, an dem dem

Landeshauptmann der Steiermark, Dr. Josef Krainer, unterstellt wird, daß er der Korruption verdächtigt wird, dann glaube ich, hier, und das ist mein persönliches Empfinden, sagen zu müssen, nicht aus Huldigung, wie es hier schon erwähnt wurde, daß es dieser Landeshauptmann war, der schon vor zehn und mehr Jahren immer gesagt hat, er möchte kein anderes Amt, keinen Aufsichtsratsposten oder sonstige Dinge bekleiden, er ist der Landeshauptmann der Steiermark.

Diese Aufgabe wollen auch die Menschen draußen von ihm erfüllt wissen. Wir alle sind im Prinzip da, die Themen und die Probleme nach wie vor – wie ich es eingangs gesagt habe – wahrzunehmen, nicht Beschuldigungen auszusprechen oder Verdächtigungen und Halbwahrheiten weiterzutragen. Jeder, der selbst neben einer politischen Arbeit und neben einer politischen Funktion auch einen zivilen Beruf ausübt und dafür auch Verantwortung trägt, allen denen kann das hier und heute und jederzeit passieren, was vergangenen Dienstag Landeshauptmann Krainer vorgeworfen wurde. Ich für meine Person muß meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Schule vertrauen können, daß sie das Budget, so wie sie es mir berichten, handhaben, daß die Ausgaben und die Arbeit an den Schülern so gerichtet wird, wie sie mir es berichten, und ich das Vertrauen und die Verantwortung nach außen zu tragen habe. Ob die Büroorganisation, die Buchhaltung, das Internet letztendlich im Detail stimmen, kann ich aus Zeitgründen nicht ständig überwachen. Und so geht es auch dem Landeshauptmann. Er muß seinen Mitarbeitern in den Abteilungen diesen Part zubilligen können und die Sicherheit und Garantie haben, daß die Informationen, die er sich holt, die er bekommt, für ihn gut und richtig und auch tragbar sind. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Dafür ist er auch verantwortlich!“)

Ist er auch, und er schiebt diese Verantwortung auch nicht ab, denn die normale Konsequenz daraus ist – und das hat auch Dr. Jeglitsch angesprochen –, daß wir jetzt zu Neuwahlen schreiten. Das ist eine Konsequenz der ÖVP, die da gezogen wurde, nein, das Volk entscheiden lassen, wer diese Verantwortung in Zukunft wieder neu tragen soll. Normalerweise wäre – wie Sie es ja auch letztlich geplant hätten, diesen Mißtrauensantrag, den Sie nicht durchgestanden haben –, das wäre auch eine logische Konsequenz gewesen, was nicht geschehen ist. Ich möchte dazu noch ein Wort sagen, weil es mittlerweile in der Obersteiermark sehr gang und gäbe ist, zum Verkehrsverbund ein kleiner Hinweis. 1990 ist dieser Verkehrsverbund im Grazer Umland und Graz als Idee dagewesen und unter Schwierigkeiten auch verwirklicht worden. Der Verkehrsverbund wurde von der Bevölkerung bestens angenommen, er erfreut sich großen, regen Zuspruchs. Am 12. Juni dieses Jahres wurde in einer Regierungssitzung einstimmig der Beschluß gefaßt, im ersten Halbjahr 1996 die gesamte Steiermark im Verkehrsverbund zusammenzufassen. Wir wissen aber, daß aus technischen Gründen – es sind große Umstellungen nötig – die Inbetriebnahme nicht zu Beginn 1996 möglich ist. Es kann sich um einige Monate nach vor verschieben. Aber es ist nicht möglich, mit 1. Jänner 1996 zu starten. Wir alle, die wir hier im Raum sitzen, wissen es. Und wir haben auch im Dezember 1994 dahin gehend abgestimmt. Nach

außen wird getragen, daß die Menschen der Obersteiermark Menschen zweiter Klasse sind. Das stimmt nicht. Die Bürger haben uns den Auftrag erteilt, keinen ewigen Wahlkampf zu führen, sondern effizient zu arbeiten. Ich sehe in der Möglichkeit, eine Neuwahl jetzt im Herbst durchzuführen, eine Chance, daß wir mit wenig Kosten, mit wenig Schlachten, mit wenig Belästigungen für den Bürger eine neue Möglichkeit suchen können, um mit dem Budget und mit den Aufgaben des Landes in Zukunft hoffentlich besser zu Rande zu kommen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.01 Uhr.)

Präsident: Es hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Reinhold Lopatka. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Lopatka (15.02 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wer die bisherige Diskussion mitverfolgt hat und bisher nicht für Neuwahlen war, müßte spätestens jetzt ein Ja zu unserem Antrag auf Ausschreibung von Neuwahlen sagen, denn – (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Waren noch nicht alle Ihrer Meinung?“) Nein, aber von der FPÖ, glaube ich, gibt es ein paar, die sich noch nicht ganz klar sind. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Sie sind sich nicht ganz im klaren!“) Nein, Kollege Vesko, bei euch bin ich mir nie im klaren, wofür ihr seid. Wenn ich an Magda Bleckmann denke, die das letzte Mal „Bravo“ gerufen hat, als Präsident Hasiba bekanntgegeben hat, daß wir diesen Antrag einbringen. Da habe ich mich gefreut. Als ich dann mit dem Abgeordneten Chibidziura gesprochen habe und er gemeint hat, wir und Neuwahlen, hast du schon einmal feige Freiheitliche erlebt? Deine Formulierung! Selbstverständlich sind wir für Neuwahlen.

Und dann, das war Dienstag. Und dann ist die Nacht des Ludwig Rader gekommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Geschwächt vom Tennisspiel, Herr Landesrat, nie mehr Tennis spielen, wenn wir Landtagssitzung haben, weil dann bist selbst du, Herr Landesrat, zu schwach für den Ludwig Rader, wenn es dann im Klub so zugeht, wie wir das gehört haben, wie es bei euch war. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir hätten noch warten müssen!“) Zu früh resigniert, Herr Klubobmann und Herr Landesrat, weil Sie da so beisammensitzen, ihr habt zu früh resigniert, was den Ludwig Rader betrifft. Ich hätte es mir nicht gedacht, daß euch so schnell der Mut verläßt. So vollmundig seid ihr noch unterwegs gewesen letzten Dienstag. Ich habe mich wirklich gefreut. Aber anscheinend ist der Mut auf dieser Ebene dann doch nicht so gegeben, wie er dann vor den Wahlen plakatiert werden wird. Und ich habe heute zwei resignative Klubobmänner hier miterlebt. Klubobmann Vesko hat gemeint, eigentlich müßte er immer für Neuwahlen sein, aber nur gerade jetzt nicht. Warum jetzt nicht, das hat mir der Klubobmann Vesko nicht erklären können.

Klubobmann Trampusch, hinter der Kamera sehe ich ihn, wollte eigentlich heute hier das total vergessen machen, was letzten Dienstag sein präsumtiver Nachfolger Kurt Flecker hier gesagt hat und auch hier angerichtet hat. Ich möchte das schon sehr, sehr deutlich sagen, denn das war mehr als Kritik, Klubobmann Trampusch. Für Kritik sind wir allemal, und Demokraten sind wir auch alle. Ich möchte das hier sehr,

sehr deutlich sagen, weil hier unterschwellige Unterstellungen dabei waren, als ob bei uns welche wären, die mit der Demokratie Probleme hätten. Da muß man sehr aufpassen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Aber nein!“)

Nicht von Ihnen, Klubobmann Vesko, war diese Unterstellung, sondern Klubobmann Trampusch hat sich hier mit Majestäts- und anderen Angelegenheiten beschäftigt. Wir hier alle, das nehme ich für uns sehr ernst in Anspruch, alle, die hier im Landtag sitzen, da grenzen wir niemanden aus, sind selbstverständlich Demokraten. Argumente konnten Sie keine finden, um Ihre Angst vor dem Wähler uns hier plausibel zu erklären. Weder Klubobmann Vesko noch Klubobmann Trampusch. (Abg. Dr. Flecker: „Wenn du noch zwei Wochen nachdenkst, wirst du meine Argumente verstehen!“)

Es geht nicht ums Zittern. Vielleicht ist es bei euch gang und gäbe, bei uns geht es nicht ums Zittern. Es geht weder ums Zittern, noch ums Schwitzen, sondern es geht einfach darum, daß wir hier im Land wieder zu dem zurückkehren, was heute von allen schon beschworen worden ist, nämlich zur Arbeit und Wegkommen von einem Wahlkampf, den niemand mehr aus diesem Haus hinausbringen wird. Das sage ich Ihnen ganz offen. Und am Dienstag waren Sie hier noch sehr vollmundig unterwegs, zuerst in der Landtagsdebatte, Abgeordneter Dr. Flecker, als er seinen unterschwelligsten Vorwurf der Korruption erhob, dann haben Sie, Herr Klubobmann Vesko, auch in der Debatte laut darüber nachgedacht über einen möglichen Mißtrauensantrag, den man aber doch nicht stellen mußte. Sie haben das selbst dann wieder sofort zurückgezogen. Als wir dann den Neuwahlantrag eingebracht haben, gab es Applaus, Bravorufe, auch von der freiheitlichen Seite her. Dann kam die Nacht des Ludwig Rader, wie ich schon gesagt habe, und seither haben ja in Wirklichkeit Rader und Flecker, und nicht mehr Trampusch und Vesko das Sagen. Das hat man auch im Ausschuß gemerkt: Herr Klubobmann Vesko, keine Wortmeldung mehr, sondern Rader hat bekanntgegeben, wie man sich heute hier verhalten wird im Verfassungsausschuß. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das haben wir euch ja schon vorher gesagt!“)

Auch bei den Presseerklärungen habe ich nur mehr Schmid und Rader gehört, nicht mehr den Klubobmann Vesko seit Dienstag. Nein, der ist an den Rand gedrängt, der Schmid. Der ist kein Linker. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Der linke Schmid!“) Auf jeden Fall aber kein Linker. Das würde ich nie behaupten. Mich wundert es nur, daß sich der Klubobmann Vesko so wohl fühlt mit dem zukünftigen Klubobmann Flecker. Das wundert mich. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Da werde ich kein Problem haben!“)

Er ist wirklich sehr, sehr flexibel. Das muß ich sagen. Was heißt das aber, einerseits heißt das, daß hier von der SPÖ dieser Vorwurf im Raum stehen bleibt, Klubobmann Trampusch hat heute dazu nicht Stellung genommen, und andererseits auch die Angst vor dem Wähler. Ich möchte mich nicht mit Parteien beschäftigen, die hier im Hohen Haus nicht vertreten sind, aber ich muß schon eines sagen, wenn sich Klubobmann Trampusch gemeldet hat und die Liberalen angesprochen hat, dann darf ich nur seinen halben Nachfolger zitieren, weil die andere Hälfte sitzt ja hier, und

das ist Günter Dörflinger, die andere Hälfte ist der Herr Geschäftsführer, wie wir uns jetzt nennen, Karl-Heinz Herper. (Abg. Gennaro: „Alles gute Leute!“)

Jetzt paß auf, Kurt Gennaro. Du hast zwar ein anderes Metier, wo du zu Hause bist, aber Herper setzt sich hier mit dem universitären Bereich auseinander. Was sagt er, nämlich zum Liberalen Forum: Keinen Grund, schelmisch zu lächeln, sieht SP-Landesgeschäftsführer Karl-Heinz Herper im LIF-Schwenk Brünners. „Er werde nicht nur der ÖVP Stimmen wegnehmen, sondern auch seiner Partei“, ist Herper überzeugt. „Brünner sei in den wichtigen Feldern kulturliberal, sozial-ökologisch ein ernsthafter Konkurrent zur SPÖ“, sagt Herper. „Diesbezüglich gäbe es gerade im akademischen Bereich ein großes Reservoir“, und dann sagt er: „Da haben wir wenig Nachhaltigkeit“, kritisiert Herper seine Partei. Herper weiter, und jetzt, Herr Parteivorsitzender, ich werde es Ihnen noch einmal vorlesen, wenn Sie das gerne hören, dann wundert mich das. „Auch unter seinem Parteivorsitzenden Peter Schachner-Blazizek – einem Universitätsprofessor – sei es der SPÖ nicht gelungen, dieses universitäre Potential bisher auszuschöpfen.“ Das sagt Ihr Parteisekretär, und das hält er von seinem Parteivorsitzenden und seinen Fähigkeiten. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die Ausschöpfung ist wirklich schwer – dazu stehen wir!“) So ist es. Ich weiß, daß manchmal Schöpfen schwerfällt, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Das weiß ich schon. Herper ist ein scharfsinniger Analytiker, und er wird schon wissen, was er hier gesagt hat, und er wird es sicherlich als Parteigeschäftsführer auch mit Ihnen abgesprochen haben.

Faktum ist, daß die FPÖ bereits am Mittwoch, nachdem am Dienstag die Begeisterung groß war, was Wahlen im Herbst betrifft, anderer Meinung war. Den Donnerstag haben wir alle miterlebt, und am Freitag hatte dann die SPÖ der Mut völlig verlassen. Günter Dörflinger wollte überhaupt die Notbremse ziehen und die heutige Sitzung für abgesagt erklären. Sehr mutig, kann ich nur sagen. In Wirklichkeit sind der SPÖ und der FPÖ die Argumente ausgegangen, denn erlauben Sie mir, das kurz festzustellen, Sie sind „schmähstad“, denn zwei Klubobmänner, die ihre Pflichtwortmeldung hier vollbracht haben, mehr war heute für die neu gebildete Koalition nicht drinnen, das war nicht sehr viel. Viel mehr ist Ihnen heute nicht eingefallen. (Abg. Schrittwieser: „Für mich war unfassbar, was ihr gemacht habt!“)

Das war nicht sehr viel, kann ich Ihnen nur sagen. Das ist nicht sehr viel. Abgesehen von den Zwischenrufen vom Parteivorsitzenden der Freiheitlichen, Landesrat Schmid, habe ich noch nicht viel gehört. Kollege Schrittwieser, du hast ja noch eine Parteibasis. Ich möchte nicht wissen, was die zu dem sagt, was ihr hier macht. Denn eines habe ich gemerkt, Kollege Schrittwieser, im Pyhrn-Ausschuß, du bist dort gesessen, und ich glaube, dir war das oft sehr peinlich, denn du hast dich an diesem Schauspiel Gott sei Dank nicht beteiligt. Dafür bin ich dir sehr dankbar, daß du dich nicht beteiligt hast im Pyhrn-Ausschuß an diesem Schauspiel gegen Loidl, Klauser und andere verdiente SPÖ-Granden. Ich möchte aber eines sagen, um Sie nicht zu langweilen: Was wir wollen, das ist ein kurzer Wahlkampf. Nachdem die Situation hier nicht nur ob

der Temperaturen aufgeheizt ist, möchte ich Ihnen von dieser Stelle hier auch anbieten, Kollege Vesko, daß wir ein Wahlkampfübereinkommen treffen, wo wir gemeinsam festlegen, daß es einen kurzen Wahlkampf gibt. Ich meine das ganz ernst, damit eben nicht wahlgeköpft wird über Monate und damit es, wenn jemand glaubt, daß es hier einen Vorsprung von der ÖVP gäbe, den können Sie sofort zunichte machen. Legen wir gemeinsam fest, wie lange wir, vom Plakatieren beginnend bis zu den Inseraten, Wahlkampf machen. Das haben Sie in der Hand, wenn Sie wollen. Ich bin sofort bereit, daß wir uns zusammensetzen. Ich weiß allerdings nicht, wer das für die FPÖ macht, ob das Rader ist (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Kosten auf den Tisch!“), ja, wahrscheinlich Rader, Dörflinger und ich, daß wir drei uns zusammensetzen. Rader hat eine Ahnung mit Parteifinzen. Vielleicht haben wir jetzt einen Anknüpfungspunkt, daß ihr für vorgezogene Wahlen sein könntet. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist das erste Mal, daß von ÖVP-Seite schon die Stellungnahme kommt, bevor der Entwurf noch herausgekommen ist!“)

Vielleicht unterbrechen wir die Sitzung und treffen ein solches Abkommen und stimmen dann ab, wenn Sie das ernst meinen. (Abg. Trampusch: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!“)

Wir sind immer für einen kurzen, sparsamen und fairen Wahlkampf zu haben. Ich meine das sehr ernst, ich wiederhole mich, ich meine das sehr ernst, auch wenn der Wahltermin jetzt von FPÖ und SPÖ abgelehnt wird, dann auch zu einem späteren Zeitpunkt, daß wir uns hier das, was letzten Dienstag hier im Haus geboten worden ist, dann draußen, landauf, landab ersparen. Ich hoffe, daß Sie das, was Abgeordnete Pußwald und Abgeordneter Jeglitsch hier gesagt haben, und ich glaube, daß Sie die beiden nicht als Scharfmacher einordnen werden, ernst nehmen und daß das ernstgemeinte Überlegungen waren, warum bei uns im Klub die Meinung hier eine so eindeutige ist, daß es für das Land und für uns alle besser wäre, hätten wir im Herbst die Landtagswahlen, nämlich diesen Herbst. Denn dann, und da unterscheide ich mich gravierend von Klubobmann Vesko und Klubobmann Trampusch, glaube ich, hätten wir schon Änderungen hier im Haus. Ich glaube, aus diesen Wahlen würden die konstruktiven Kräfte gestärkt hervorgehen, und manche Herren, gerade von der linken Reichshälfte hier, gehören sicherlich nicht zu diesen konstruktiven Kräften. Wir wollen mit diesen Landtagswahlen erreichen, daß dann wieder eine Basis gelegt ist, daß konstruktiv und gemeinsam gearbeitet werden kann. Daher bitte ich Sie, dem Antrag der Volkspartei Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der ÖVP. – 15.15 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Löcker (15.15 Uhr): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wenn ich ans Rednerpult gehe, dann geht es mir nicht um die Wirkung der Rhetorik oder um persönliche Profilierungen, hoffe ich, sondern ich möchte einfach sagen, was ich empfinde, wenn man diesem

Hause angehört und wenn man mit der Demokratie zu tun hat und ein interessierter Mensch der Demokratie ist. Ich glaube, daß hier in diesem Landtag seit Jahren ein Schaden für das Land produziert wird und daß die positiven Kräfte zunehmend an Einfluß verlieren, weil die konträren an Einfluß gewinnen. Und es ist natürlich nicht leicht für den Wähler, die Zusammenhänge ganz zu durchschauen. Da muß man bei Parteienverhandlungen dabei sein, da muß man in vielen Gremien dieses Hauses mitarbeiten, um persönliche Kontakte über die Parteien hinaus zu bekommen, um dann die Hintergründe erraten zu können, weshalb das so ist. Daß jemand das Recht zum Ersten beansprucht, und das Recht zur ersten Kraft in einem demokratischen Gremium ist ja durchaus legitim. Und dann gibt es mehrere Möglichkeiten, um zu diesem Anspruch zu gelangen. Einer wäre, gut zu sein, besser zu sein. Ich gebe hier ehrlich zu, daß es für einen zweiten immer schwieriger ist zu beweisen, daß er der bessere ist, als für den ersten. Das ist einfach in der Natur der Sache. Aber trotzdem hat auch der Zweite genug Möglichkeiten, seine konstruktiven Ideen vorzubringen und, wenn ich so sagen darf, dem Wähler zu verkaufen. Diesen Weg hat man offensichtlich aufgegeben, und man glaubte, über den Weg der Destruktion dem Wähler das Bewußtsein zu vermitteln, langsam, in unserem Land geschieht nichts, es geht nichts weiter und es muß sozusagen eine neue Konstellation eintreten. Wenn man aber das so sieht, dann wäre das ja das kräftigste Argument für eine Neuwahl. Und hier habe ich selbst auch Zweifel, wie das ganze gedacht ist. Würde man auf die Neuwahl spekulieren, dann müßte man eigentlich jetzt zugreifen können, denn landauf, landab sagt man, es geht nichts weiter. In der Steiermark ist alles so schlecht, der Verkehrsverbund funktioniert nicht, die Tourismuswerbung funktioniert nicht, das funktioniert nicht und jenes nicht. Und wenn man dann mit den Argumenten zu Ende ist, dann verweigert man sich auch bei einer Neuwahl. Es gibt ja viele Details, die zu dieser Situation geführt haben, und wie schon früher von meinen Vorrednern gesagt wurde, es passiert einem immer wieder, daß man als Mitglied dieses Hauses am Gang oder in der Kantine oder sonstwo von Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen angesprochen wird, und die sagen dann, muß das so sein? Dann zuckt ein jeder mit der Achsel und ist auch der Meinung, es müßte nicht sein, und trotzdem ändert sich hier nichts. Im Gegenteil – es wird immer schlechter. Jetzt frage ich mich wirklich, müssen die negativen Kräfte soviel Einfluß haben, daß die positiven, die es auch in allen Fraktionen gibt, nicht zum Tragen kommen? Und deswegen glaube ich auch, und um eineinhalb Jahre Wahlkampf zu ersparen, wäre es gut, die Wähler zu fragen, und natürlich – und das ist in einer Demokratie durchaus üblich – sollten die Argumente sprechen, und jeder wird davon Gebrauch machen können.

Wenn ich an die letzten auslösenden Momente, an den Pyhrn-Ausschuß, denke und wenn ich mir den Bericht dann durchgelesen habe, da ist doch soviel Einseitigkeit drinnen und so viele Aussagen, die an ein politisches Tribunal erinnern, das im Paarlauf zur normalen Gerichtsbarkeit unseres Landes läuft, daß ich mir sage, hier ist nicht mehr der Wille zur Objektivität gegeben. Da steht drinnen, jetzt sage ich die Vorgeschichte kurz, ich darf Sie damit belästigen. Die

ÖVP hat zweimal 50.000 Schilling Parteispenden erhalten, die sind in der ÖVP verbucht, eingetragen, dazu hat sich die ÖVP immer bekannt. Bei der SPÖ gibt es einen Betriebsrat, der in vielen anderen hohen Funktionen dieser Partei ist, der steht mit 630.000 Schilling auf der Liste, Feneberg, aber er sagt im Untersuchungsausschuß, ich habe kein Geld bekommen, sondern andere unserer Gesinnungsgemeinschaft. Damit ist diese Problematik abgetan. Es steht ein Rechberger mit 130.000 Schilling auf dieser Liste, der war damals Landespartei-Vorstandsmitglied und so weiter, Spitzenfunktionär, er sagt, es war eine Vergütung für eine Jagdangelegenheit – ist weg vom Thema. Da ist ein freiheitliches Stadtsenatsmitglied in Graz auf der Spendenliste, der sagt, jawohl, ich habe dieses Geld bar bekommen, ich habe es eingesteckt. Außerdem hat mir der Herr Feneberg gesagt, die Grazer Politik des Erich Edegger steht seinen Interessen im Wege, und wir haben uns bereiterklärt, jene Politik zu machen, daß eben die Interessen Fenebergs gegenüber denen von Edegger zum Tragen gekommen sind.

Das Grazer Stadtsenatsmitglied hat gesagt – (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Jetzt fängst du zu lügen an!“) Herr Klubobmann, stimmt es, daß er gesagt hat, ich habe dreimal 20.000 Schilling bekommen, aber es gibt keinen Beleg, weil wir ohnehin die ganze Buchhaltung abgeheizt haben?

Wir haben die Buchhaltung nicht abgeheizt, und deswegen sind wir die Sündenböcke. Also wenn das dann ein Kriterium der Gerechtigkeit ist, bitte, dann sind eben die Brandstifter wirklich die besseren. Es hat auch gesagt, dieses Stadtsenatsmitglied, wir haben uns in den Vorstellungen Fenebergs gefunden, und wir haben ihm dafür in unseren Zeitungen die entsprechende Basis zur Bekämpfung Erich Edeggers gegeben. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Aber nein!“) Das hat er gesagt! Ich finde, das ist ein Auftrag, wie ich ihn in der Demokratie nicht begrüßen würde.

Wir sind keine Verpflichtungen eingegangen. Und dann steht drinnen – jetzt komme ich wieder zum Bericht zurück –: Ein Geldfluß an die Landesorganisationen konnte nur der ÖVP nachgewiesen werden, denn die war ehrlich genug, um das einzuschreiben, die anderen haben es verbrannt oder abgestritten, und folglich hat dieser Geldfluß nicht stattgefunden. Wenn das der Maßstab für die Ehrlichkeit ist, bitte, dann haben wir, Kollege Vesko, eben verschiedene Maßstäbe. Und dann gibt es immer wieder diese Stiche, ich nehme eine andere Passage des Pyhrn-Ausschusses, weil mich der Herr Landeshauptmannstellvertreter früher angesprochen hat, ob ich noch reden muß. Der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter und Universitätsprofessor für Finanzen wurde im Pyhrn-Ausschuß gefragt, welche Gepflogenheiten er bei den Vergaben in seinem Ressort anstellt. Er sagte darauf, und es ist durchaus legitim: Also ich bin in der glücklichen Lage, mit diesen Vergaben sehr wenig zu tun zu haben, weil eben in seinem Ressort sehr wenig Vergaben vorkommen. Hätte der Landeshauptmann Dr. Krainer eine ähnliche Argumentationslinie verfolgen wollen, dann hätte er im Pyhrn-Ausschuß als Befragter sagen können, ich bin in der glücklichen Lage, daß der Vorstand des Pyhrn-Ausschusses alle Aufträge vergeben hat und ich über-

haupt keinen. Fragen Sie bitte den Vorstand des Pyhrn-Ausschusses! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe noch dazugesagt, wenn vergeben wird, dann nach den drei Grundsätzen der Verfassung: Zeckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit!“)

Ja, ich sage das auch hier, Sie haben noch dazugesagt, und wenn Sie etwas vergeben, dann vergeben Sie das nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und so weiter. Das stimmt! Aber Sie haben gesagt, Sie sind in der angenehmen Lage, sehr wenig vergeben zu können. Es gibt eben andere Regierungsmitglieder, die diese angenehme Lage nicht für sich beanspruchen können. Und dann gleich die erhöhte politische Verantwortung abzuleiten mit der Begründung, man hätte, wenn man sich noch mehr gekümmert hätte, etwas wissen müssen. Und wenn man die richtigen energisch genug gefragt hätte und, und, wenn man alles gewußt hätte oder wenn man – wie es, ich glaube, der Herr Kollege Schützenhöfer schon gesagt hat, zu den leitenden Beamten, da muß man auch dazudenken, da sind ja pragmatisierte Beamte, die ja nicht umsonst pragmatisiert wurden, weil sie in der Vergangenheit Leistung erbracht haben. Und wie stellt man sich ein Betriebsklima vor, so stelle ich mir das als Außenstehender und in einem Betrieb doch Einblick Gewährenden vor, wie stellt man sich vor, wenn man zu seiner Führungsmannschaft am Anfang schon von vornherein ein Mißtrauen hat, daß sie nicht korrekt arbeiten? Ich war mitunter tief berührt im Pyhrn-Ausschuß über den Stil und die Art und Weise, wie Beamte des Landes dort befragt worden sind. Wie in einer Lynchjustiz die Beamten dort einfach beschuldigt wurden, und das war auch interessant, je niedriger der offizielle Amtstitel eines Beamten war, bei einem Amtsrat oder Oberamtsrat, da ist man dann ins Detail gegangen, den hat man dann richtiggehend das Zittern gelehrt, und dann hat man ihn über jeden Punkt und Beistrich, den er vor sechs, sieben Jahren gesetzt hat, befragt. Wenn aber dann der Generaldirektor Talirz gekommen ist und aufgetreten ist, dann hat eine Frage genügt, denn er hat gesagt: Ich habe mir die Tonbänder von allen Protokollen mit nach Hause genommen, und ich habe sie gut verwahrt. Im Prinzip war das Eigentum der Pyhrn. Er hat sie eigentlich – muß man jetzt nachträglich sagen – einfach so mitgenommen. Aber dann war das Thema weg. Dann waren die Personen des Pyhrn-Ausschusses auf einmal ganz ruhig und human, und niemand ist mehr den Milliarden auf die Spur gegangen. Aber bei einem Oberamtsrat der Landesregierung, der früher Werkmeister war und sich dann weitergebildet hat, da hat man Macht demonstriert, den hat man dort das Fürchten gelernt. Das sind so Dinge, sie sind sicherlich nur menschliche Aspekte. Aber ich muß ehrlich sagen, ich glaube, das Menschliche ist wohl das Hauptargument in der Politik, wenn es überhaupt noch gilt. Oder wenn man jetzt in der Obersteiermark Transparenz hießt, daß die Frau Landeshauptmannstellvertreterin jedem Obersteierer monatlich Hunderte Schilling aus der Geldtasche zieht, weil sie dafür verantwortlich ist, daß der Verkehrsverbund, wie Frau Kollegin Pußwald schon gesagt hat, zu spät kommt, und nicht sagt, daß das Regierungsmitglied Ressel acht Monate lang kein Gesellschaftskapital zur Gründung dieser Verkehrsverbundgesellschaft zur Verfügung

gestellt hat, daß er fünfmal Rückstellungen beantragt hat. Und jetzt sage ich noch etwas, daß mein SPÖ-Parteivorsitzenderkollege von Graz-Umgebung in den Medien sagt, nachlesbar, „es ist ein völliger Unsinn, den Verkehrsverbund auf die Obersteiermark auszu-dehnen, wo er in Graz-Umgebung noch in der Kinderphase ist“. Hier sagt man das, was dem Wähler in Graz-Umgebung paßt, und in der Obersteiermark und in Hartberg sagt man wieder genau das Verkehrte, weil man glaubt, daß man dort wieder politisches Kleingeld holt. (Beifall bei der ÖVP.)

Und irgendwann hat die Ehrlichkeitsbelastung ihre Grenzen. Ich glaube, und ich komme zum Ende, mit diesem Stil kann man nicht mehr ordentlich arbeiten.

Und noch etwas ganz zum Schluß: Im Frühjahr hatten wir Gemeinderatswahlen. Ich habe festgestellt, und das muß ich bedauernd sagen, daß die Demokratie stark genug ist, daß auf unterer Ebene in den Gemeinden es sehr wohl Kräfte gibt, wo es die Besten und Fähigsten zu den Spitzenplätzen, also zum Bürgermeister, bringen, aber hier im Landtag scheint oftmals der Populismus höher belohnt zu werden als die faire Arbeit. (Beifall bei der ÖVP. – 15.37 Uhr.)

Präsident: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: erstens über den Minderheitsantrag von Abgeordneten der ÖVP, zweitens über den Antrag des

Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahl 1263/2.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag von Abgeordneten der ÖVP ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahl 1263/2, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich gemäß Paragraph 13 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 vor, die außerordentliche Tagung zu schließen und gemäß Paragraph 13 Absatz 4 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 sämtliche Landtags-Ausschüsse zu beauftragen, die Beratungen während der tagungsfreien Zeit über die offenen Geschäftsstücke aufzunehmen und fortzusetzen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen beiden Vorschlägen zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit die heutige Tagesordnung erledigt und die außerordentliche Tagung beendet.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (15.29 Uhr.)